

23. Juli 2015

## **BBB: Mauschelkoalition verletzt die Umgangsregeln Bruchköbeler Steuererhöhungs-Etat ohne öffentliche Beratungen**

Bruchköbel: Für die Beratung und Beschlussfassung der Bruchköbeler Haushalte galten bisher unter allen Beteiligten immer klare Regeln. Änderungsanträge wurden in einer gesonderten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses öffentlich beraten und mit einer Empfehlung an die Stadtverordnetenversammlung beschlossen. Für die sorgfältige Vorbereitung der Stadtverordneten war sogar ein gesonderter Antragsschluss der Änderungsanträge vorgesehen. „Die Mauschelkoalition aus CDU, Grünen und FDP hat diese Verfahrensregeln jetzt aus reinem Machtgehabe außer Kraft gesetzt. Offensichtlich war die Angst vor der öffentlichen Diskussion ihres auf Steuererhöhungen aufbauenden Haushalts zu groß“, sieht Alexander Rabold, Fraktionsvorsitzender des Bruchköbeler BürgerBunds (BBB) eine neue Arroganz der Macht.

Den Stadtverordneten von BBB und SPD wurden erst auf Nachfrage während der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung neun Änderungsanträge vorgelegt. Dies zudem nur in jeweils einem Exemplar pro Fraktion und nicht für alle Stadtverordneten. „Dabei lässt sich am Datum der Anträge erkennen, dass diese fast zwei Wochen vor der Sitzung bereits fertig erstellt wurden“, sieht BBB-Stadtverordneter Harald Hormel eine klare Absicht der Mauschelkoalition. „Eine intensive Diskussion im Fachausschuss und Herstellung der Öffentlichkeit war wohl nicht vorgesehen“. Zumal bei dieser Vorlaufzeit eine Einberufung des Haupt- und Finanzausschusses ohne Probleme möglich gewesen wäre. Gerade die FDP hätte dies aus eigener Erfahrung mittragen müssen. Schließlich hat sie selbst nach den ordnungsgemäß eingebrachten Anträgen des Jahres 2014 behauptet, dass sie einer Steuererhöhung nur irrtümlich zugestimmt hätte.

„Die Forderung nach Beratung eines 40 Millionen-Etats ohne jedem Stadtverordneten vorliegende Unterlagen belegt das fehlende Fachwissen und die mangelnde Sorgfalt der Verantwortlichen von CDU, Grünen und FDP“, sagte BBB-Vorsitzender Joachim Rechholz. Entsprechend wurde ein Antrag auf Beratung der neun Änderungsanträge im Fachausschuss auch abgelehnt. „Haushaltsberatungen ohne Unterlagen sehen wir als Missbrauch des Parlaments an und wollen so etwas nicht mittragen. Transparentes Handeln sieht anders aus. Deshalb war es die logische Konsequenz diese Sitzung zu verlassen“, so Joachim Rechholz weiter. „Wir sind nicht das demokratische Feigenblatt der

-1-

Haushaltsmauscheleien von CDU, Grünen und FDP“, bekräftigt Alexander Rabold die Ablehnung des Verhaltens der Mehrheit in der Bruchköbeler Stadtverordnetenversammlung durch den BBB.

Schon nach der vierten Steuererhöhung der wiederholten Koalition aus CDU, FDP und Grünen in der vergangenen Sitzung hatte sich angedeutet, dass auch der diesjährige Haushalt keine ernsthaften Anstrengungen zu Sparmassnahmen aufweisen werde. Diese gesonderte Beschlussfassung außerhalb des Haushalts führt zu einer Erhöhung der sowohl Eigentümer wie Mieter belastenden Grundsteuer um 72 Prozent seit 2011. „Unsere Vorschläge zur Begrenzung der Kassenkredite, einer Verlängerung der Stellenbesetzungssperre und dem Verzicht auf neue Personalstellen hätten voraussichtlich eine über der diesjährigen Steuererhöhung liegende Summe erbracht“, verweist Alexander Rabold auf die noch im ordentlichen Verfahren eingebrachten Anträge des BBB, die wenigstens teilweise nun auch beschlossen wurden. Das Verhalten von Grünen und FDP könne zudem nur mit dem Wunsch nach scheinbarer Beteiligung an der Macht erklärt werden. Schon in den vergangenen Jahren seien deren Anträge von der Verwaltung unter Führung von Bürgermeister Günter Maibach nicht umgesetzt worden. Mehrfach wurde dies von FDP und Grünen und der Stadtverordnetenversammlung beklagt und war Inhalt wiederholter Pressemitteilung. „Jetzt folgen die Stadtverordneten von Grünen und FDP erneut den Versprechungen der CDU und deren Bürgermeister und bitten dafür die Bürgerinnen und Bürger Bruchköbels mit Steuererhöhungen zur Kasse. Dafür werden die letzten Umgangsregeln über Bord geworfen“ zieht Joachim Rechholz für den BBB eine Bilanz der Haushaltsberatungen. „Die Chance für eine Veränderung zum Besseren sowohl in sachlicher Hinsicht wie beim Umgang miteinander haben die Bürgerinnen und Bürger am 6. März 2016 in der Hand“, sagte der BBB-Vorsitzende abschließend mit Blick auf die bevorstehenden Kommunalwahlen 2016.